

Das französisch-italienische Handelsabkommen.

Im römischen Senat stand gestern das französisch-italienische Handelsabkommen zur Beratung. Von den Rednern, die für das Abkommen sprachen, erklärt zunächst Garibaldi, der Bruch mit Frankreich auf dem kommerziellen Gebiete habe Italien nicht zum Ruin geführt, sondern ihm Gelegenheit gegeben, seine eigene industrielle Kraft zu zeigen. In Folge dessen habe Italien den Tarifkrieg mit Würde beenden können. D'Angelis führt aus, der durch den Bruch mit Frankreich für Italien erwachsene Schaden sei zwar groß gewesen, aber er sei übertrieben worden. Italiens Handel habe andere Absatzgebiete gefunden und seine Industrie habe unter dem ihr günstigen Zollregime besonders wertvolle und unerhoffte Fortschritte gemacht. Redner ist überzeugt, daß das Abkommen für Italien von Nutzen sein wird, und spricht die Ansicht aus, daß man im Jahre 1903 beim Abschlusse der Handelsverträge neue Abkommen mit Deutschland, Österreich und der Schweiz in Erwägung ziehen müsse. Auch Canizario spricht sich für das Abkommen aus und sagt, alle italienischen Minister hätten stets die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Frankreich im Auge gehabt. Das Abkommen werde auch von den Zentralmächten günstig beurteilt, denn es trage dazu bei, den europäischen Frieden immer mehr zu sichern. (Sehr gut.) Di Camporede billigt das Abkommen, welches ein neuer Beweis dafür sei, daß der Dreibund für Italien ebenso wie ein Hindernis für freundschaftliche Beziehungen und gute Nachbarschaft mit Frankreich und anderen Staaten gewesen sei, wie er es für Deutschland und Österreich war. Das sei für Italien eine Verpflichtung, an der Politik festzuhalten, welche in der Zukunft dazu dienen wird, wie sie es bisher getan hat, Italien möglich zu machen, auf die Entwicklung des nationalen wirtschaftlichen Lebens bedacht zu sein, weil dies darauf hinfiele, sowohl dem Lande wie Europa die Wohlthaten des Friedens zu sichern. Visconti Venosta erklärt unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, er habe eigentlich nicht die Absicht gehabt, das Wort zu ergreifen, sondern sich darauf beschränken wollen, seine Stimme für das Abkommen abzugeben, welchem er nicht ganz fremd gegenüberstehe. Er spreche indes, weil Canizario gesagt habe, das Abkommen müsse beinahe als eine Kränze für die in der Tunis-Frage gezeigte Schwäche angesehen werden. (Bewegung.) Er weise diese Behauptung zurück, denn er habe seinerzeit dargelegt, daß die gesamten Verträge mit Tunis rechtlich und tatsächlich zum größten Teil nicht mehr in Kraft gewesen seien und daß man, statt auf einem theoretischen Rechte zu bestehen, welches den Bruch der guten Beziehungen mit Frankreich zur Folge gehabt hätte, es vorgezogen hätte, an Stelle desselben eine Reihe von vertragsmäßig vereinbarten Abmachungen zu setzen, welche in wirksamer Weise den Interessen der italienischen Staatsangehörigen in Tunis entsprächen. Er spreche dem Ministerium seine Anerkennung aus, daß es die vom Kabinett die Rubini begonnen Verhandlungen wieder aufgenommen und zu einem guten Ausgang geführt und die Leitung derselben Lugatti übertragen habe. Das Abkommen sei von der öffentlichen Meinung in Italien günstig aufgenommen worden, weil dasselbe auch eine Verbesserung der politischen Beziehungen zu Frankreich zum Ergebnis haben werde und einem dem Fortschritte der Zivilisation entgegenstehenden Antagonismus befechte. Das Abkommen thue den internationalen Verpflichtungen Italiens anderen Mächten gegenüber keinen Abbruch und sei ein Baustein zu dem Werke der Zivilisation und des Fortschritts. Der Senat werde demselben sicher seine Zustimmung zu Theil werden lassen. (Geheißener Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Bericht des französischen Deputierten Renault-Morlier über den Gesetzentwurf bezüglich der Abänderung des Revisionsverfahrens und die Akten der Untersuchung des ersten Präsidenten des Kassationshofes Mazeau sind gestern in der Kammer vertheilt worden. Der Bericht, der mit dem Antrage auf Ablehnung des Gesetzentwurfs der Regierung schließt, bezieht, der Gesetzentwurf sei ein Gelegenheitsgesetz, dessen Vortheile zweifelhaft seien. Es sei unklar, ob die öffentliche Meinung zufriedengestellt wäre, wenn die vereinigten Kammern des Kassationshofes die Untersuchung bezüglich der Revision des Dreyfuß-Prozesses von Neuem beginnen würden. Die Entscheidung in der Angelegenheit würde dann noch länger auf sich warten lassen und man würde sich vor derselben noch weniger beugen, als vor der der Kriminalkammer. Würde mit der Untersuchung nicht von Neuem begonnen, so würde man sagen, daß eine Entscheidung, deren Grundlage von vornherein anfechtbar gewesen, nicht die geringste Bedeutung beigemessen werden könne. Der Gesetzentwurf sei andererseits unstrittig mit Nachtheilen verbunden, weil durch diesen der Grundgedanke der Trennung der Gewalten verletzt und der ganze gerichtliche Organismus erschüttert werde, der ein wesentliches Element des politischen und sozialen Organismus bilde. Die wichtigsten Daten der Untersuchung Mazeaus sind bereits veröffentlicht worden.

Die von dem Verichterichter der Revisionskommission der Deputiertenkammer angeführten Erwägungsgründe sind so zutreffend, daß sich schwer absehen läßt, wie das Kabinett Dupuy-Lebreton an der Regierungsvorlage festhalten kann. Durch deren Annahme würden die Leute vom Schlage Duesnabs de Beaurepaire keineswegs beruhigt werden; vielmehr würde der gegenwärtig gegen die Kriminalkammer des Kassationshofes geführte Feldzug dann auf die Gemeinsamkeit des höchsten Gerichtshofes ausgedehnt werden. In Wirklichkeit stehen die schwer kompromittirten Generale des großen Generalstabes diesem höchsten Gerichtshofe freundlich gegenüber, und es ist für die republikanischen Einrichtungen in Frankreich bezeichnend, daß selbst frühere Mitglieder des Kassationshofes sich in die Gefolgschaft der Generale begeben, die sich zum Theil mit dem Kaiserlichen Oberstenamt identifiziert

haben und den ebenso fähigen wie überzeugungstreuen Oberstleutnant Biquart mit ihrem glühenden Haß verfolgen.

Die Nationalisten, Antijemiten, die Partei Meline und die gesamte Rechte der Kammer haben beschlossen, für den Gesetzentwurf der Regierung betreffs der Revision Angelegenheit zu stimmen. Andererseits hat das Komitee der Gambettisten, an dessen Spitze Waldeck-Rousseau steht, ein Manifest gegen den Gesetzentwurf veröffentlicht. Waldeck-Rousseau ist Führer der republikanischen Vereinigung des Senats. Diese Vereinigung zählt 120 Mitglieder. Es ist daher sicher, daß das Gesetz betreffs der Revision Angelegenheit, sollte es auch in der Kammer angenommen werden, im Senat verworfen werden würde. Die Regierung dürfte, da zahlreiche Kabinetsmitglieder nicht votiren wollen, die Mehrheit erhalten, aber keinesfalls eine republikanische; in diesem Falle wäre die Lage des Kabinetts sehr prekär und sein Sturz bei der nächsten Gelegenheit unvermeidlich.

Aus dem Reich.

Der Kaiser traf gestern Abend um 1/7 Uhr in Potsdam ein und begab sich vom Bahnhofe direkt in das Kasino des 1. Garderegiments zu Fuß, wo er vom Regimentskommandeur Oberst Freiherrn von Plettenberg empfangen wurde. Dort fand zur Feier des Tages, an welchem der Monarch vor 22 Jahren in das Regiment eintrat, ein Festmahl statt, an welches sich eine Theaterdarstellung anschloß. In der Begleitung des Kaisers befanden sich der Chef des Militärkabinetts General der Infanterie von Goltz und der Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Guleburg. Nachdem Oberst Freiherr von Plettenberg das Hoch auf den Allerhöchsten Regimentschef ausgebracht, in das alle Anwesenden dreimal begeistert einstimmten, setzte er den tofischen goldenen Pokal, den der Kaiser am 9. Februar 1894 dem Regiment als bleibendes Andenken an diesen Tag mit der Bestimmung übergeben hatte, daß daraus jeweils das Hoch auf den obersten Kriegsherrn durch den Regimentskommandeur auszubringen sei, an den Mund, um auf die Gesundheit des Monarchen zu trinken. Sodann erhob sich der Kaiser zu einer auf den Tag des Festmahlts längeren Ansprache, die mit Surra! auf das 1. Garde-Regiment ausklang. Auch des verstorbenen Erbprinzen Alfred von Sachsen-Koburg und Gotha, welcher mehrere Jahre dem Regiment angehört, wurde Erwähnung gethan. — In Halle ist gestern Professor Dr. Karl August Müller, der Begründer der Zeitschrift „Natur“, im Alter von 80 Jahren gestorben. In Mainz starb nach längerem Leiden im Alter von 64 Jahren der hervorragende Vertreter der dortigen katholischen Geistlichkeit. — In Heidelberg fand gestern eine Gedächtnisfeier für den Theologen Richard Nothe statt mit einem Festakt in der Aula der Universität und in der Peterstraße, wo Nothes Wohnort sich befindet. Darauf folgte ein Festmahl. — In einer letzten Sitzung des Fürstlichen Wismar haben sich dreizehn mächtige Städte vereinigt. Sie lassen für das Mausoleum in Friedrichsruh einen mächtigen Kranz in Bronze ausführen, der vom Widbauer Wörmel modellirt wird. Er setzt sich aus Eisen- und Vorberblättern zusammen, und durch das Blattwerk windet sich ein Band, auf dem die Namen der Städte verzeichnet sind. Oben ist ein Rosenkranz, unten eine große Schleife angebracht, welche die Widmung enthält: „Ihren unvergeßlichen Ehrenbürger dem Fürsten Wismar die altmächtigen Städte.“ — Zur Feier der fünfzigsten Jahrestage des Sieges bei Sedan wurde in Sedan eine Komitee zusammengetreten, an dessen Spitze Bürgermeister Felgenhauer steht. In einem von dem Komitee veröffentlichten Aufruf heißt es: „Darum rüfist sich auch die Stadt Sedan, die fünfzigjährige Wiederkehr dieses Ruhmestages am 5. April in würdiger Weise festlich zu begehen. Nicht nur zu einem Festtag für unsere alten braven Veteranen aus jener, für unsere engere Heimath so großen Zeit gehört man diesen Tag zu gestalten; er soll vielmehr ein Festtag werden für alle echt deutsch gesinnten Bewohner unserer Nordmark, für die Ehre und Ehrliebe jener Soldaten, sowie für alle deutschen Brüder auch in der Ferne, die für Schleswig-Holsteins Geschichte ein Interesse haben.“ — Die deutsche Gesellschaft zur Verbreitung von Volksschulbildung beschloß, ihre diesjährige Generalversammlung im Mai in Posen abzuhalten. — In Mainz hat der Bischof Koffner einen Hirtenbrief erlassen, in dem er auf die Erhaltung der Marienschule dringt. Derselbe drohe einzugehen, weil die Schulbrüder allmählich sterben, neue das Gesetz aber nicht zulasse. An ihre Stelle traten Weltgeistliche. — Dem Landtag in Weimar ging eine Vorlage über die Errichtung eines Baues für die medizinische Poliklinik in Jena zu. Angeknüpft wurde eine Vorlage zur Verbesserung der Beamtenbefolgungen. — Im Fürstenthum Waldeck steht die Gründung eines Vandalenbundes der Kriegervereine bevor, der sich an den Deutschen Kriegerbund anschließen wird. Die einleitenden Schritte sind bereits durch den Hauptmann B. L., Kammerrentant Krosener zu Wolfen, geschehen.

Deutschland.

Berlin, 10. Februar. Der Schnellzug mit der Leiche des Erbprinzen von Sachsen-Koburg und Gotha traf gestern Nachmittag in Koburg ein; der Verzug und der Großherzog von Hessen befanden sich in demselben Zuge. Auf dem Bahnhofe waren die Spigen der städtischen und staatlichen Behörden, das Offizierskorps, die Geistlichkeit und zahlreiche Vertreter von Vereinen und Korporationen erschienen, um in dem geöffneten Wagen am Sarge des Erbprinzen prunkvolle Kränze und Blumenpenden niederzulegen. Nach kurzem Aufenthalt fuhr der Zug nach Eisenach weiter. Von dort wird die Leiche heute nach Gotha überführt. Während der Fahrt durch ländliches Gebiet läuteten die Gloden sämtlicher Kirchen des Herzogthums.

Die Aushebung, die in dem Gesetzentwurf über staatliche Grenzgerichte für Ärzte dem Begriffe „beamteter Arzt“ gegeben wird, erstreckt sich auf die „Münd. mediz. Wochenschr.“,

die im Grundzuge mit dem Entwurfe einverstanden ist, schweren Anstoß. Die „Wochenschrift“ schreibt: „Daß die Regierung ihre unmittelbaren Amtsärzte der ärztlichen Gerichtsbarkeit entzieht, ist verständlich. Warum aber auch alle von Gemeinden, Kreisen und Provinzial-Verbänden angestellten Aerzte, also z. B. alle Krankenhausärzte, ausgenommen sein sollen, ist nicht einzusehen. Selbst die Anwendung auf die Kreisärzte ist nach der gegebenen Fassung nicht ausgeschlossen.“

Ihre helle Freude äußert die „Klerikale Presse“ darüber, daß der bisherige Landrats-Präsident von Hölzel zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt worden ist, weil Herr v. Hölzel neben seiner fachlichen Befähigung zur Führung dieses Amtes doch im Grunde das viel größere Verdienst hat, nimmere, der vierte katholische Regierungspräsident in Preußen zu sein. Auf welcher Stufe diese Klippjubiläumstimmung steht, wenn man einmal das Lächerliche des heißen Paritätsbemühens hervorheben will, zeigt sich in dem Namenstüber, den die „Germania“ dem „Meinungszeiger“ verleiht, weil er es „auffallenderweise“ unterlassen hat, Herrn v. Hölzel — den Titel Geh. Regierungsrath beizubehalten, der ihm seit einer Reihe von Jahren verliehen sei. Auch darüber zeigt sich das klerikale Gemüth erregt, daß in der Person des Oberpräsidenten Waltraff seit Dezember vorigen Jahres endlich wenigstens ein Katholik „sich in der näheren Umgebung des Herrn Oberpräsidenten Nasse befindet“. Man sollte nun meinen, das wäre zwei Erfolge der jüngsten „Paritätsbestrebungen“ des Zentrums; doch weit gefehlt. „Können wir denn in unseren Paritätsbestrebungen gar keinen Schritt weiter kommen?“ ruft ärgerlich die „Germania“ aus — weil in Trier Herr zur Nedden das Regierungspräsidium übernimmt; und Herr zur Nedden ist Protestant. Werden also zwei Regierungspräsidenten in einer Provinz bezeugt und erhält das eine ein Katholik, das zweite ein Protestant, so ist damit den „Paritätsbestrebungen“ noch lange nicht genug gethan.

In München hat gestern die Polizeibehörde die von den Künstlern zum Karnevalszug bestimmten drei Gruppen über das Thema der Abstinenzkonferenz aus politischen Gründen verboten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Februar. Die „N. F. Pr.“ meldet: Der Ministerialrat beschloß heute, die Landtage einzuberufen. Die Einberufung wird in zwei Serien erfolgen; der kleinere Theil der Landtage, unter ihnen der galizische, tritt gegen den 20. Februar zusammen, der größere Theil, darunter der böhmische, erst im März. Der Ministerialrat beschloß ferner mit einer Hilfsaktion für die galizische Spartasse. Derselbe ist in der Weise in Aussicht genommen, daß Galizien die Garantie für die Sicherheit der Spartasseneinlagen übernimmt, während der Staat dem Lande die etwa hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

England.

London, 9. Februar. Unterhaus. Der Parlamentsuntersekretär Brodrick erklärt, die Regierung müsse hinsichtlich der jüngsten Unruhen in Santos nähere Verhältnisse des Konflikts abwarten, ehe sie irgend welche Schritte thue oder ihre Ansicht über diesen Gegenstand äußere. Mit Frankreich fanden Erörterungen über die Abgrenzungslinie zwischen der französischen und englisch-egyptischen Interessensphäre statt.

Rußland.

Petersburg, 8. Februar. Das Rad der Geschichte rollt vielen Leuten in Rußland nicht schnell genug. Sie glauben nachhelfen zu müssen. Die Thatlage des Anwachsens der slawischen Welle ist nicht zu leugnen, wir haben eine natürliche Erscheinung vor uns und müssen damit rechnen, daß die Leute nun lange genug zukunftsicher ihren Branntwein getrunken haben. Kann der Friede der Welt mit diesem Aufschwunge Hand in Hand gehen, so giebt es keinen Grund, das geistige und wirtschaftliche Aufleben unserer slawischen Nachbarn nicht mit Freuden zu begrüßen. Aus dem wogenden Nebel, der alle Erscheinungen des Lebens in dem großen Zarenreich umgiebt, hebt sich nun etwas klarer der Gedanke ab, durch freiwillige Beiträge aller Slawen einen Mittelpunkt zu schaffen, in dem geistige und wirtschaftliche, aber auch politische Verbindungsleitungen des gesamten Slawenthums zusammenfließen sollen, eine Zentral-Telephonstation der allslawischen Gesellschaft, natürlich noch mit beschränkter Kapazität. Wenn wir von den Zwecken zunächst hören, daß der Kampf mit dem Deutschland in großen Aufgaben auf die Fahne geschrieben ist, so sollen wir für diese wie für alle Offenheiten dankbar sein, auch wenn sie nicht den Vorzug der Ueberragung haben. Zu verwirklichen ist der Gedanke der Gründung dieser „Slawisch-janatsja Matzja“ zweifellos; die Personen, die in Rußland die Gründung am eifrigsten betreiben, sind wohl nicht diejenigen, die am meisten davon sprechen und schreiben. Ob man einen anerkannten geistigen Leiter des Unternehmens finden wird, der auch die Gewähr bieten kann, daß die Matzja sich nicht zu einer der russischen Regierung unheimlichen Nebenbuhlerin auswächst, mag zweifelhafter erscheinen. Vorläufig zeigt sich der Regierungseinfluß in Mahnungen zur Vorsicht und weniger gesinnungsgünstiger Betonung des Kampfes gegen das Deutschland. Niemand aber befreit das Zeitgemäße und Zweckdienliche des zu verwirklichenden Gedankens. So tritt der alte Slawismus, der so oft schon todtegelegt wurde, obgleich er in etwas veränderten Gewande lebte, weil er nicht sterben kann, in neuer Form in die Erscheinung. Proletus hütet nach wie vor die Seefelder, und was er weisagte, soll für das Deutschland nicht Anlaß zur Besorgnis sein, sondern ein Ansporn, auf allen Gebieten menschlicher Arbeit die erreichte Höhe zu beibehalten und noch höher zu steigen.

Asien.

Manila, 9. Februar. Hier ist Alles ruhig, aber die Philippinen sammeln sich zwischen Calocan und Malabon. Die amerikanischen Truppen sind ungeduldig über die ihnen auferlegte Zurückhaltung.

Amerika.

Washington, 9. Februar. Eine Depesche des Admirals Dewey meldet aus Manila vom 9. d. M., er habe den bewaffneten Insurgenten, welche die amerikanischen Werklente forgesetzt heimmüthigen, die Besetzung zukommen lassen. San Roque bis heute früh 9 Uhr zu verlassen. Dieselben hätten das Dorf in verlassener Nacht verlassen mit Ausnahme von einigen Wenigen, die zurückgeblieben seien und das Dorf heute früh in Brand gesetzt hätten. Dasselbe sei jetzt von den amerikanischen Truppen besetzt und es herrsche daselbst völlige Ruhe. San Roque liegt auf der Landzunge, welche Cavite mit dem Festland von Luzon verbindet.

Militärische Mittheilungen.

Der Kaiser hat unter dem 2. Februar über die größeren Truppenübungen in diesem Jahre folgende Ordre an den Kriegsminister erlassen:

1. Das 13. (würtembergische), 14. (sächsisch) und 15. (sächsisch) Armee Korps halten gemeinschaftliche Manöver vor Mir ab. (Es sind dies also die Kaisermandöver.) 2. a) Beim 13. (königlich würtembergischen) und 14. (sächsisch) Armee Korps wird je eine Kavallerie-Division aufgestellt. b) Die Garde-Kavallerie-Division sowie die beim 13. (königlich würtembergischen) und 17. Armee Korps aufzustellenden Kavallerie-Divisionen halten besondere Kavallerie-Übungen ab. c) Die beim 13. (würtembergischen) und 14. Armee Korps aufzustellenden Kavallerie-Divisionen nehmen an den vor Mir abzuhaltenden Manövern Theil. d) Dem 13. (würtembergischen) Armee Korps wird die 25. Kavallerie-Brigade (großherzoglich heßische) für die ganze Dauer seiner Manöver zugetheilt. In den Manövern vor Mir sind deren Regimenter als Divisions-Kavallerie zu verwenden. e) Die beim 17. Armee Korps zu dem befonderen Kavallerie-Übungen herangezogenen Stäbe und Truppenteile nehmen nachher an den Manövern Theil. 3. Dem 13. (würtembergischen) und dem 14. Armee Korps wird je eine Aufschiffabtheilung zugetheilt. 4. Die Zeitheilung für die Übungen der übrigen Armee Korps erfolgt, unter möglicher Berücksichtigung der Entverhältnisse, gemäß Felddienst-Ordnung und Truppenübungsplang-Befehl. Die Infanterie-Brigaden zu vier Bataillonen halten ihre Brigademandöver zusammen mit einer anderen Infanterie-Brigade des Armee Korps ab. Wo besondere Verhältnisse die Abhaltung gesonderter Manöver der kleinen Infanterie-Brigaden wünschenswerth machen, ermächtige Ich das Kriegsministerium zur Genehmigung auf Antrag des General-Kommandos. 5. Bei Auswahl des Übungsgebietes und Durchführung der Übungen ist auf Einschränkung des Flurschadens Bedacht zu nehmen. Ueber Fälle hoher Flurschäden erwarte Ich den Vortrag des Kriegsministers. 6. Bei dem 1., 2., 3., 5., 6., 8., 14. und 16. Armee Korps finden Kavallerie-Übungen gemäß Instruktion vom 23. Januar 1879 und Meiner Ordre vom 5. April 1898 statt. 7. Größere Pionier-Übungen werden a) an der Spree und Oder zwischen Fürstentum und Fürstentum, b) am Rhein zwischen Koblenz und Oppenheim und am Main zwischen Fildesheim und Höchst, c) in Schleswig am Alsen, an der Flensburger Förde und an der Schlei abgehalten. Näheres bestimmt die General-Inspektion des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen. 8. Die Fußtruppen müssen bis zum 30. September 1899 — dem spätesten Entlassungstage — in ihre Standorte zurückgeführt sein.

Der Kriegsminister hat bestimmt, daß Stabs-Offiziere des Gardekorps den diesjährigen Aushebungsgefechten in den Bezirken der 3., 7., 11., 19., 23., 27., 31., 36. und 70. Infanterie-Brigade, event. in denjenigen Gebietsstellen derselben, welche für die Garde Neutruen stellen, beizuwohnen haben. In den Bezirken der 23., 31. und 36. Infanterie-Brigade erstreckt sich die Theilnahme auf das Aushebungsgefecht der beiden Ober-Erziehungs-Kommissionen des Bezirks, insoweit ein gleichzeitiges Tragen der letzteren dieses nicht ausschließt oder eine Unterbrechung der Reihe des betreffenden Stabs-Offiziers dadurch nicht bedingt wird.

Dem Garde-Jäger-Bataillon Nr. 2 hat der Kaiser einen besonderen Jäger-Marsch mit der Maßgabe verliehen, daß diese Bataillone allein berechtigt sein sollen, diesen Marsch bei großen Paraden zu spielen.

Arbeiterbewegung.

In Krefeld kam es aus Anlaß des ausgetretenen Webersstreiks zu einem Kravall gegen arbeitende Weberinnen. Die Polizei macht bekannt, daß jeder Zwang gegen Arbeitswillige streng verfolgt werden würde. — In Osnabrück brach auf den Eiswerken ein Ausstand aus. Eine Anzahl Leute (etwa 25) sollten nicht beschäftigt werden; einzelne von diesen wiegelten die Uebrigen auf, bis fast alle die Arbeit einstellten. Dann ist es zu wilden Szenen gekommen, so daß telephonisch Polizei und Gendarmen gerufen wurde. Auf dem in der Nähe ankernden Dampfer wurden die Kabinenfenster zertrümmert und andere Beschädigungen ausgeführt, bis die Aufseher von der Polizei zum Verlassen des Platzes genöthigt wurden. Der vernünftige Theil der Arbeiter ist inzwischen wieder in voller Thätigkeit, von den Unzufriedenen hat keiner wieder Arbeit gefunden. — Nachdem in Hamburg die Steuer der Forstbesitzer der Schauerleute nach Befehligung an der Aufsicht des Arbeitsnachweises abgelehnt hatten, beschloß gestern eine große Versammlung der Schauerleute, abzuwarten, ob die Steuer am 20. Februar ihre Drohung wahrnehmen und solche Schauerleute, die sich ihres Nachweises nicht bedienen, ansperren werden. Dann wollen sie den allgemeinen Ausstand verkünden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. Februar. Man sucht jetzt nachzuweisen, daß die öffentliche Unterhaltung des Grob-Schiffahrtsweges in Berlin-Stettin für Mitteldeutschland von wesentlicher Bedeutung sei, so seien wir in der „Magd. Ztg.“: Der vom Minister der öffentlichen

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wölfe, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe, Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gersmann, Elsefeld & Schönes. Halle a. S.: Jul. Bard & Co. Hamburg: William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.: Fern. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Arbeiten mit der Prüfung der Ostlinie des Berlin-Stettiner Kanals betraute Kommissar ist jetzt mit Erhebungen über die gegenwärtigen Handelsbeziehungen Mitteldeutschlands zu den Küstengebieten der Warthe, Neße und Weichsel beschäftigt. Gleichzeitig werden Ermittlungen darüber gepflogen, welche Erparnis in der Wasserkraft bei Ausführung der Ostlinie zu erwarten ist, ob diese Frachtersparnis den schon vorhandenen Wasserverkehr vermehren und möglicher Weise auch Güter von der Elbenah auf die Wasserstraße ziehen wird und in wie weit die Eröffnung neuer Verkehrsbeziehungen davon erwartet werden darf. Die Handelskammer zu Halberstadt hat diese Fragen einer eingehenden Erörterung unterzogen und ist mit einigem Vorbehalt, der namentlich durch den Mangel hinreichender Erfahrung und zahlenmäßiger Unterlagen bedingt ist, im Wesentlichen zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Ausfuhr vom Handelskammerbezirk und von Mitteldeutschland überhaupt war nach dem Warthe-, Neße- und Weichselgebiet bisher relativ unbedeutend, während von dort Holz, Spiritus und Getreide, die letzteren namentlich zur Zeit schlechter Ernten, in beträchtlichen Mengen bezogen wurden. In Ermangelung einer direkten vortheilhaften Wasserstraße waren diese Güter bisher zum größten Theil auf den Schienenweg angewiesen, eine an und für sich wohl mögliche weitere Verkehrs-zunahme bleibt aber gerade in Folge dessen ausgeschlossen, da diese Massengüter die für weite Entfernungen zu hohen Bahnfrachten nicht zu tragen vermögen. Die Wasserfracht würde sich schon durch die erhebliche Begehrungsverzögerung beträchtlich verbilligen, ferner aber auch durch die mit Sicherheit zu erwartende Zunahme des Schiffsverkehrs. Da namentlich nach genügender Kanalisierung der Warthe und Neße ein reger Schiffsverkehr mit großen Kähnen und Schlepp-dampfern angenommen werden darf, so läßt sich die Frachtersparnis auf annähernd 25 bis 30 Prozent gegen jetzt schätzen. In natürlicher Wechselwirkung werden diese billigen Frachten in Verbindung mit einem direkten zuverlässigen Schiffsverkehr den Güterausfuhr in hohem Maße steigern. Holz- und Landesprodukte des Ostens, die heute zum Theil zu gebückten Preisen an Ort und Stelle zum Verkauf gelangen, werden einen vortheilhaften Absatz nach dem Westen finden, und dafür werden Düngemittel, Bergwerksprodukte und Ausfuhrartikel aus Mitteldeutschland nach dem Osten geliefert werden. Wird dabei auch ein Theil der bisher mit der Bahn verfrachteten Gütermengen auf den Wasserweg übergeben, so werden die Bahnen, besonders die der Provinzen Posen und Westpreußen, durch den Zu- und Abfuhrdienst zu und von den Umschlagplätzen doch andererseits einen Verkehrs- und Einnahmewachth erfahren. Aus alledem ergibt sich mit hinreichender Bestimmtheit, daß die direkte Verbindung der Elbe mit der Oder, Weichsel, Warthe und Neße durch den Flußkanal, die Elbe und den unbedingt erforderlichen Teltower und Ostkanal ganz neue Verkehrsbeziehungen ins Leben rufen wird. Abgesehen von dieser befruchtenden Einwirkung verdient die Ostlinie für Mitteldeutschland aber auch deshalb vor jeder anderen Einleitung den Vorzug, weil sie in gerader Richtung die natürliche Fortleitung des Mittellandkanals bildet und einen direkten Güterverkehr zwischen Rhein und Weichsel ermöglicht. Eine ganz besondere wirtschaftliche Bedeutung muß dabei dem im Zusammenhang mit der östlichen Einleitung in Aussicht genommenen Teltower Kanal aus der Elbe bei Potsdam nach Köpenick zur Obersee beigemessen werden, für den befaßte Baurath Haselstift einen eingehenden Entwurf ausgearbeitet hat. Selbst ohne die Ausführung des Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweges verpricht der Teltower Kanal an sich und in Anbetracht an den Mittellandkanal so wesentliche Vortheile, daß sein Bau auch allein völlig berechtigt und namentlich auch für Mitteldeutschland und die Provinz Sachsen wünschenswerth erscheint. Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt entsendet im Interesse des Teltower Kanals eine rege Thätigkeit; er ist auch bereits seitens der Regierung zu einer gütlichen Forderung darüber aufgefordert worden.

Vorgefunden fand in den Geschäftsräumen der Akkumulatoren- und Elektricitäts-Werke, A.-G., vormals B. A. Doebe u. Co.-Berlin SO., Köpplerstr. 154, deren Zweiggeschäft befindet sich die Altdammer Elektricitäts-Werke, Aktiengesellschaft, zu Altdamm i. Pom. sind, unter Vorbehalt des Herrn Wierl. Geheimen Rathes Excellenz von Wiede eine Aufsichtsrathssitzung statt, in welcher die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr zur Vorlage kam. Derselbe ergab infolge des Vortrages aus dem Vorjahre von Mark 152.420,00 einen Gewinn von Mark 607.036,00 (im Vorjahre Mark 414.104,00), die Abreibungen sind mit Mark 932.020,00 (im Vorjahre Mark 66.625,00) abgesetzt, jedoch der Netto-Gewinn Mark 514.064,00 (im Vorjahre Mark 347.479,00) beträgt. Der auf den 18. März er. einberufenen Generalversammlung wird vorgeschlagen, 11 Prozent Dividende (10 Prozent im Vorjahre) zu genehmigen, der ordentlichen Reserve Mark 24.941,00 (Mark 17.373,00 im Vorjahre), der Spezialreserve Mark 100.000,00 (Mark 50.000,00 im Vorjahre), dem Arbeiter-Unterstützungsfonds Mark 10.000,00 (Mark 10.000,00 im Vorjahre) zuzuwenden und Mark 18.836,00 (Mark 15.242,00 im Vorjahre) auf neue Rechnung vorzutragen. An dem vorstehenden Ergebnis partizipirt die Aktiengesellschaft Altdammer Elektricitäts-Werke zu Altdamm mit einem Jahresumsatz von Mark 1.020.000,00, vier ansässige Zentralanlagen, Installationen, Akkumulatoren und Erzeugnisse der Feinmechanik.

Die Berufsgenossenschaften pflegen in der ersten Hälfte des Februar die Lohn-nachweise in u n g e n von ihren Mitgliedern einzufordern. Die darin von den einzelnen Betriebsunternehmern gelieferten Angaben dienen zusammen mit den für die einzelnen Betriebe in Betracht kommenden Gefahrenziffern als Unterlage für die Vertheilung der im Vorjahre entfallenden Kosten. Es ist an und für sich schon wünschenswerth, daß die schädliche Vertheilung der den Berufsgenossenschaften entfallenden Lasten möglichst schnell und glatt vor sich gehen kann, noch mehr aber, weil die Abrechnungen mit den Postbehörden bis zu einem bestimmten Termine erfolgt sein müssen

Der französische Gesandte hat dem Lord=
versprochen, dem Lordmayor-Feste am 18.
3. beizuwohnen.